

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graph. Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementspreis: 1. — Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3973.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obler, Leipzig-Lössnitz, Lobstädtstr. 1.
 Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Bohndorferstr.
 Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Feilzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsausgaben 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1906. — Bekanntmachungen. — Tarifrevision der Notendrucker. — Arbeitswilligen-Metamorphose. — Zur Reichsgerichts-Entscheidung. — Korrespondenzen: Berlin IV. — Anzeigen. Beilage: Tarifabschluss. — Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Tarifausschusses für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker vom 20. Dezember in Berlin. — Wie bekämpfen wir die Privatlithographie? — Graphischer Industrieverband der Arbeitnehmer! — Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

Rückblick auf das Jahr 1906.

Das verflossene Jahr 1906 war zweifellos das beste in der gegenwärtigen Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges und dürfte kaum noch von seinem Nachfolger übertroffen werden. In allen Industrien und Gewerben war die regste Tätigkeit vorhanden. Der Arbeitsmarkt war den Arbeitssuchenden günstiger als in den Vorjahren. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen kamen in den Monaten Januar bis November 1906 auf je 100 offene Stellen 109,2 Arbeitssuchende (1905 = 114,2; 1904 = 129,5; 1902 = 174,8) und im Monat September gar nur 87,9. Der ausserordentlich günstige Stand von 1899 (Jahresdurchschnitt 104,7 Arbeitssuchende pro 100 offene Stellen) ist freilich noch nicht wieder erreicht. Immerhin war die Nachfrage nach Arbeitskräften eine rege, und an Beschäftigungsgelegenheit war kein Mangel vorhanden; desto häufiger wurden aber Ueberstunden eingelegt und die Arbeitskräfte bis zum äussersten beansprucht.

Den weitaus grössten Nutzen von der Hochkonjunktur hat natürlich, wie seither das Unternehmertum in Form hoher Ueberschüsse und Dividenden gehabt. Von 32 Dividendenschätzungen, die der »Berl. Börsencourier« veröffentlicht, meist aus Bergbaukreisen stammend, weisen 27 ganz beträchtliche Dividendensteigerungen auf (im Gesamtdurchschnitt von 14,8 in 1905 auf 17,9 Proz. in 1906), 5 Gesellschaften zahlen sogar 30—40 Proz. Dividende. Das sind Riesengewinne, die das Grubenkapital aus dem Erdschosse durch seine Lohnsklaven heraufholten liess. Die Abschlüsse der übrigen Aktiengesellschaften werden nicht allzu weit dahinter zurückbleiben. Alles in allem kann das deutsche Unternehmertum auf ein reiches Jahr zurückblicken, und auch das kommende Jahr wird ihm sein Füllhorn spenden, wenn auch vielleicht nicht so ganz ergiebig wie sein Vorgänger.

Für die deutsche Arbeiterklasse war das verflossene Jahr nur ein Kampfsjahr. Es wäre ein erfolgreiches Kampfsjahr gewesen, wären seine Erfolge den Arbeitern ungeteilt zugute gekommen. Aber das meiste von dem, was die Arbeiter in ihren Lohnbewegungen und Kämpfen errangen, ging ihnen infolge der durch Zollwucher und Fleischsperr verteuerten Lebenshaltungskosten wieder verloren. Nach dem »Arbeitsmarkt« stellte sich der Normalaufwand für eine vierköpfige Familie im Jahre 1906 auf 1196,55 Mk., gegen 1142,96 Mk. im Jahre 1905

(1904 = 1106,98 Mk.; 1905 = 1099,80 Mk.; 1902 = 1077,44 Mk.; 1901 = 1069,12 Mk.; 1900 = 1062,88 Mk.). Das entspricht einer Steigerung seit 1905 um 4,7 Proz. und seit 1900 sogar um 11,5 Proz. Das meiste von dem, was die Arbeiterschaft durch ihre kampfgewöhnten Organisationen an Lohnaufbesserungen erreichte, dürfte für diese Mehrbelastung des Haushalts wieder draufgegangen sein. Nur da, wo einzelne Arbeitergruppen eine höhere Einkommenssteigerung aufzuweisen haben, die nicht infolge örtlichen Mietszinzwuchers illusorisch gemacht wurde, kann man von einer wesentlichen Verbesserung der Lage der Arbeiter reden. Aber das dürfte nur auf einen verhältnismässig geringen Teil der Arbeiter zutreffen.

Es wäre jedoch durchaus falsch, wollte man daraus den Schluss ziehen, dass der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse überhaupt illusorisch sei. Zweifellos wäre die Lage der Arbeiter ganz erheblich verschlechtert worden, wenn diese nicht durch ihre wirtschaftlichen Organisationen den Druck aufgehalten und sich zu einem Teil an den Unternehmern schadlos gehalten hätten. Nicht trotz der Organisation lastet heute jede Verteuerung der Lebenshaltung zumeist auf den Arbeitern, sondern weil deren Organisation immer noch nicht stark genug ist, um wirksam jede Verkümmern des Einkommens abzuwehren. Das zeigt uns schon ein Blick auf die Verhältnisse im Bergbau, dessen Unternehmertum in Riesendividenden schwelgt, den Arbeitern aber die winzigen Lohnerhöhungen versagt, die jene fordern. Dabei sind die Lebensmittelpreise in den Bergwerksdistrikten ganz besonders enorm gestiegen; der Wohnungswucher zeitigt dort die krassen Blüten, und die intensive Anspannung der Arbeitskräfte erfordert einen weit höheren Aufwand für Nahrung und Kleidung, als anderswo. Aber die Organisation der Bergleute ist numerisch schwach gegenüber der Riesenzahl der Beschäftigten, und sie ist obendrein zur Beruhigung der Zechenbesitzer in vier verschiedene Lager gespalten, deren Einigkeit nur in den Grenzen der allerbeseidnesten Forderungen zu ermöglichen ist. Eine einzige grosse Kampfesphalanx der Arbeitermasse gehörte dazu, um das Wucherprogramm der grossindustriell-agrarischen Koalition zu Boden zu schlagen, und die fehlt heute leider der deutschen Arbeiterklasse noch. Vielleicht aber führen die Wirkungen des Lebensmittelpreises die Mehrzahl der Arbeiter auf den rechten Weg.

Die deutschen Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre nicht bloss gekämpft, — sie haben auch aufgebaut. Ihre Reihen haben sich um ein gewaltiges Stück geweitet; sie sind dem Ziel, das wir vor 2½ Jahren als das nächste bezeichneten, um ein bedeutendes näher gekommen. Im Jahre 1905 betrug die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern 316084. Es war die grösste Zunahme, die sie seither zu verzeichnen hatten. Der Zuwachs, den uns das Jahr 1906 brachte, wird kaum geringer sein.

Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen und Mitgliederschätzungen der Gewerkschaften vom 3. Quartal 1906, die 53 von 65 Organisationen umfassen, ist deren Mitgliederzahl seit ultimo 1905 bereits um 281942 gestiegen. Es fehlen uns aber noch die Ergebnisse der Verbände der Maurer, Schneider, Töpfer, Stukkateure, Seeleute u. a. Organisationen, deren Zunahme hinter 50000 nicht zurückbleiben wird. Nach diesen vorläufigen Ergebnissen dürfte die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften am Jahreschluss 1906 nahe an 1750000 herangekommen sein. 1¼ Millionen organisierter Arbeiter in den Kampforganisationen, das ist ein Fortschritt, auf den wir mit Befriedigung zurückblicken können. Als wir die erste Million an Mitgliedern überschritten hatten, da schrieben wir, dass bei gleichbleibender Entwicklung die zweite Million von Mitgliedern im Jahre 1910 erreicht sei. Und jetzt, am Beginn des Jahres 1907 fehlen uns an der zweiten Million nur noch 250000, eine Kleinigkeit angesichts des Zuzuges der beiden letzten Jahre, die sich mit Hilfe einer gesteigerten Werbe- und Kampfesaktivität und vielleicht auch mit der nicht zu unterschätzenden Beihilfe der aussperrungslustigen Unternehmer binnen Jahresfrist schaffen lässt. Möge jedes Gewerkschaftsmitglied nach Kräften dazu beitragen, dass wir das neue Jahr mit der zweiten Mitgliederzahl abschliessen können! Nicht als höchstes Ziel unserer Wirksamkeit betrachten wir diesen Fortschritt. — Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und die Rechte der Arbeit zu verteidigen, — wohl aber als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Entwicklung unserer Organisation! Denn die Eroberung einer zweiten Million von Arbeitern in nur drei Jahren, was ist das anders als ein zwingender Beweis der siegenden Macht des Gewerkschaftsgedankens, der allen reaktionären Schranken und allen polizeilich-richterlichen Verfolgungen zum Trotz sich freie Bahn erzwingt.

Mit diesem bedeutsamen Fortschritt dürfte die deutsche Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der Mitgliederstärke auch an die erste Stelle in der Reihe der Länder Europas gerückt sein. Man wird die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt im Jahre 1905 auf etwa 8 Millionen schätzen können, wovon etwa zwei Drittel auf Europa kommen. Das ist natürlich noch recht wenig angesichts der Welt der unorganisierten Arbeit, der Riesenarmee der Gleichgültigen und Arbeitswilligen, die noch in jedem Lande die Mehrheit stellt und daher auf das Niveau der Arbeitsbedingungen noch einen ungeheuren Druck ausübt. Schwankt doch die Verhältniszahl der Organisierten in Europa, an der Gesamtbevölkerung gemessen, zwischen 0,31 Prozent (Spanien) und 4,50 Prozent (Grossbritannien). Aber mit jeder Arbeitermillion, die die Gewerkschaftsorganisation der Lethargie entreisst, sie in den Dienst des Lohnkampfes stellt, wird der

kapitalistischen Regie der Arbeit ein Stück ihres Bodens entzogen, und diese gezwungen, dem Einfluss der Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

Im inneren Gewerkschaftsleben nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften einen erheblichen Raum im vergangenen Jahre ein. Aus Differenzen zwischen den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses und des Jenenser Parteitages sich entwickelnd, spitzten sie sich nach der Veröffentlichung des Protokolls der Vorständekonferenz zu einer vorher nie gekannten Schärfe zu. So bedauerlich diese Auseinandersetzungen waren, so haben sie doch das gute Ergebnis gehabt, dass es beiden Teilen der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, durch sie zu dem vollen Bewusstsein kam, wie notwendig sie aufeinander angewiesen sind und wie ein jedes solche Differenzen als eine Schädigung der gemeinsamen Sache, als Beeinträchtigung der gemeinsamen Kraft empfinden musste. Ihr Erfolg war die Einigung von Mannheim, die das Kampfbündnis von Partei und Gewerkschaften fester denn je zuvor zusammenschmiedete. — Einig gegen den Feind, einig in Kampf und Gefahr! Diese Einheit ist sicherlich die schönste Frucht, die uns das verfllossene Jahr spendete.

Und wie nahe lag die Gefahr, die der Arbeiterklasse drohte. Inmitten der lebhaftesten Polemiken zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Richtung schmiedete die Regierung das Antigewerkschaftsgesetz, eine Neuausgabe der seligen Zuchthausvorlage, nach dem Modell des russischen Berufsvereinsgesetzes umgearbeitet, um die Kampforganisationen der Arbeiter langsam, aber sicher zu vernichten. Dieser dreiste Angriff auf das Koalitionsrecht hätte sicher sofort alle inneren Zwistigkeiten zum Verstummen gebracht. Um so mehr gereicht es uns zur Genugtuung, dass nicht erst die Macht der Reaktion, sondern das Empfinden der Zusammengehörigkeit die Zusammengehörigkeit besiegelte und dass der Regierung bei der Beratung ihres Machwerkes nicht das Schauspiel innerer Zerwürfnisse geboten wurde. Wie ein Mann stand die politische und gewerkschaftliche Arbeiterschaft zusammen gegen das Gesetz und an dieser Einigkeit musste jede Hoffnung der Regierung auf gouvernementale Gewerkschaften scheitern.

Und einig werden sie auch in den Wahlkampf ziehen, um die Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes mit dem Stimmzettel zu verteidigen. Selten ist je ein Wahlkampf unter verheissenderen Aussichten geführt worden, als der bevorstehende geführt wird. Gilt es doch, die Volksstimme entscheiden zu lassen über die drückende Zoll- und Steuerpolitik, über die dreiste Verkümmern der Lebenshaltung der Aermsten und über die Volkentrechtungspläne der Regierung. Es gilt, das Koalitionsrecht und das Reichstagswahlrecht zu verteidigen und da wird es jeder Arbeiter als Ehrenpflicht betrachten, in der Wahlkampagne seinen Mann zu stellen. Eine bedeutende Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen, eine erhebliche Verstärkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird das Ergebnis dieses Wahlkampfes sein und den Gegnern beweisen, dass gegen die siegende Kraft des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse kein Kraut gewachsen ist.

Das neue Jahr wird uns grosse Kämpfe bringen, Kämpfe auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Die wirtschaftliche Konjunktur steht im Höhepunkte ihres Aufschwunges. Wenige Jahre noch, und dann pocht der Niedergang von neuem ans Tor. Da gilt es, die Kräfte anzuspannen, um hereinzubringen, was noch möglich ist. Aber nicht im Drange der Leidenschaft darf sich die Arbeiterklasse in Kämpfe stürzen, — mit ruhiger Ueberlegenheit prüfe sie ihre Aktionskraft und mit möglichster Schonung ihrer Reservensicke sie ihre Scharen in den Kampf. Denn hinter diesem warten unserer neue Kämpfe, vielleicht gewaltigere Kämpfe, um zu erhalten, was zurzeit erungen wurde.

Aber eines erfüllt uns in diesen Kämpfen

mit ruhiger Zuversicht, — das ist die Erstarkung unserer Organisationen an Mitgliedern und Mitteln, die die Basis bildet für alle friedlichen wie strategischen Erfolge — eine Bürgschaft für unsere wachsende Macht. Mag der einzelne Kampf bald glücklicher, bald weniger erfolgreich enden, — er zeitigt den Erfolg, dass das Unternehmertum die Kraft der Gewerkschaften schätzen und fürchten lernt und sich zu ihrer Anerkennung bequemt. Das ist der erste Schritt zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeit, die die ausschliessliche kapitalistische Regie verdrängt, der erste Schritt, der zur Beherrschung des Arbeitsprozesses und zur Verteilung des Arbeitsertrages durch den Einfluss der Arbeiterklasse führt.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunfterteilung.

Bei jedem Stellungswechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunftskarte darf an andere nicht weiter gegeben werden.

Die Auskunfterteiler haben diese Anfragen mit den Auskunftsarten sofort zu beantworten.

Die Unterstützungs-Auszahler haben alle statistischen Unterstützungen sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen und der Reisekarte, keine Unterstützungen auszus zahlen.

Zur Arbeitsnachweisfrage versanden wir vor einigen Wochen Probenbogen; wir bitten sofort um Nachricht, wieviel solcher Zirkulare gebraucht werden, damit die nötige Zahl gedruckt werden kann.

Der Hauptvorstand.

Detmold. In Firma Gebr. Klingenberg wurde Feiertagsbezahlung bewilligt.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Die Sperre wird der im § 16 des Streikreglements bezeichneten Sperre gleichgestellt. Zu widerhandelnde haben Ausschluss zu gewärtigen.

Dresden. Die Glasgrabplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.

Elberfeld. Emallierwerk H. Peiers, Kötzensbroda b. Dresden. Robert Mittelbach (Kunstanstalt Globus).

Merseburg. Firma Görling.

München. Anton Bernsdorf.

Strassburg i. E. (Firma Dusch & Co.)

Für Chemigraphen ist gesperrt:

Berlin (Graph. Gesellschaft, Thedran & Kraushaar, H. Baudouin, Gallard und W. Greve).

Chemnitz. A. Jilich.

Leipzig. J. Rebner.

Nürnberg Martin.

Stuttgart. Gebr. Rössle.

Ausland.

V. St. Amerika und Canada.

Graz. Die Tarifbewegung fiel hier zugunsten der Gehilfen aus, vereinbart wurde für Lithographen 8 und für Steindrucker 8 $\frac{1}{2}$ Stunden, Feiertagsbezahlung, Ueberstundenzuschlag zirka 14—18 Proz. Mindestlohn im ersten und zweiten Halbjahr 18 und 20 Kr. pro Woche (zirka 15 und 17 Mk.). Der abgeschlossene Tarif gilt auf 3 Jahre, bis Ende 1909.

Norwegen (Tarifbewegung). Folgende Städte sind für Lithographen, Chemigraphen und Steindr. gesperrt: Christiania, Sandriken, Drammen, Christiansund, Stavanger, Bergen und Trondhjem.

Gesperrt sind in der Schweiz:

Der Arbeitsnachweis des Sekretariates des Vereins Schweiz. Lithographiebesitzer in Winterthur.

Basel. Firma Th. Budin, Lithographie.

Bern. Lithographie Siebenmann & Co.

Freiburg. Kartonfabrik H. Wilczek.

Tarifrevision der Notendrucker.

Der Tarif, der zwischen den Prinzipalen der Notendruckerereien und deren Gehilfen mit Ablauf am 31. Dezember 1906 abgeschlossen war, ist rechtzeitig gekündigt und für die eventuelle Erneuerung einer Revision unterzogen, jedoch noch nicht von neuem definitiv abgeschlossen worden, obwohl man erwartete, dass die am 28. Dezember tagende Tarifausschusssitzung den Abschluss zeitigen würde.

Aus dem Bericht des Referenten einer am 7. Januar stattgehabten grossen Notendrucker-versammlung ging hervor, dass vor einem Abschluss noch verschiedene Fragen geregelt

werden müssten, über die sich die beiderseitigen Tarifvertreter nicht einig werden konnten, weshalb die Gehilfen selbst über die strittigen Fragen entscheiden sollten. Es sind vorwiegend zwei Fragen und zwar die Bezahlung der Feiertage für Akkordarbeiter und die Aufnahme einer Streik- und Aussperrklausel in den Tarif, letztere von den Prinzipalen gewünscht und erstere von den Gehilfen, analog der Abmachungen mit dem Schutzverbande dem Schutzverbande angehören, hatten die beiderseitigen Tarifvertreter die strittigen Punkte den Zentralvorständen zur endgültigen Erledigung überwiesen, die aber die Sache an den Tarifausschuss zurückverwiesen. Hier ist, wie schon erwähnt, am 28. Dezember trotz alledem keine Einigung zustande gekommen. Die Gehilfenvertreter bestanden auf der Forderung der Feiertagsbezahlung, während die Prinzipalvertreter in dieser Forderung eine unge-rechtfertigte Lohnerhöhung zu sehen meinten, von welchen in den Abmachungen mit dem Schutzverbande keine Rede sei. Die Streik- und Aussperrklausel wünschen die Prinzipale in den Tarif aufgenommen, damit sie trotz Tarif bei grösseren Aussperrungen oder Streiks im Steindruckgewerbe ungehindert aussperrern können. Hiergegen protestierten die Gehilfenvertreter ganz entschieden, weil die Gehilfen des Steindruckgewerbes dabei immer die Geschädigten sein würden, weil sie bei solchen wirtschaftlichen Kämpfen nie an den errungenen Vorteilen partizipieren könnten, da für sie immer wieder lediglich der Tarif nach dem Kampfe weiter gelten würde; sie also um nichts entweder ausgesperrt oder streiken würden. In der genannten Ausschusssitzung brachten die Prinzipale schliesslich einen Antrag ein, nach dem die Gehilfen auf die Forderung der Feiertagsbezahlung verzichten sollten gegen Verzichtleistung der Prinzipale auf die Aussperrklausel. Diesen Antrag sollten die Gehilfenvertreter der Gehilfenschaft im empfehlenden Sinne unterbreiten. In der Diskussion, die nach dem Referat einsetzte, verwarfen die Gehilfen nicht nur den empfohlenen Antrag, sondern verpflichteten ihre Vertreter durch Annahme einer Resolution einen Tarifabschluss nur herbeizuführen mit Einschluss der Feiertagsbezahlung für die Akkordarbeiter und Ausschluss der Streik- und Aussperrklausel. Die Notendrucker-Gehilfenschaft steht auf dem Standpunkt, dass nur dann der Tarif für sie annehmbar erscheint, wenn ersteres eingefügt und letzteres nicht aufgenommen wird.

Die Notendrucker haben durch Resolution votiert, dass es ihnen ernst ist, in der Reihe derjenigen Berufe zu marschieren, die die Feiertagsbezahlung für selbstverständlich halten. Fällt der Tarif um dieser winzigen Forderungen willen, dann müssten den Akkordnotendruckern die Feiertage ohnedies bezahlt werden, da die betreffenden Firmeninhaber Mitglieder des Schutzverbandes sind, unsere Kollegen trotz Tarif mit ausgesperrt wurden, also für sie der Absatz c der mit dem Schutzverband vereinbarten Bedingungen in Kraft träte, der da lautet: Akkordarbeiter erhalten Bezahlung für die Feiertage nach Massgabe des mit ihnen vereinbarten Wochenlohnes, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung mit Mk. 4.50 pro Tag. Die Wahl, mit oder ohne Tarif, kann also für die Prinzipale nicht schwer fallen.

Arbeitswilligen-Metamorphose.

Wie vielmals sich ein Arbeitswilliger, treuer Arbeiter, den Prinzipalen in Lohnkämpfen nützlich erweisen kann, hat uns seit 2 Jahren der vielgenannte Halsmeyer bewiesen, der innerhalb zweier Jahre durch Ueberstufung aus einer Streikbude in die andere den Dank vieler Unternehmer verdient hat.

Als Rausereiser bei Liebig & Kunze in Leipzig seinerzeit beschäftigt, machte er ohne Genehmigung seines Arbeitgebers einen Abstecher nach München, als ihm hier der Boden zu heiss erschien, kehrte er reumütig zu seinem Prinzipal nach Leipzig zurück, der ihn grossmütig, unter dem Vorgeben, dass er ihn nur beurlaubt hätte, wieder aufnahm; weil seine alten Leute sich gar nicht wieder einfänden wollten. Bei der grossen Aussperrung bot sich unser Halsmeyer zunächst der Firma Brockhaus, deren Steindrucker sich im Ausstande befanden, an; er hatte mit einem andern Arbeitswilligen bei Liebig ein

Intermezzo, an dessen Ende sein früherer Kumpan unter die Maschine flog. Sodann wurde Halmeyer Faktor bei der Firma Eismann, wo er, weil man in punkto Voranschritt nicht das genügende Entgegenkommen zeigte, ganz plötzlich die Arbeit liegen liess und kurz darauf in Wurzeln als Arbeitswilliger auftauchte. Wenn man nun erwarten sollte, dass gegenüber solchen Helfern in der Not der Dank der Unternehmer darin besteht, sie recht langdauernd zu beschäftigen, so scheint hier das Umgekehrte der Fall zu sein; denn die dankbaren Prinzipale werden nicht wenig erstaunt gewesen sein, als ihnen eine Empfehlungskarte folgenden Inhalts zuzuging:

(Vorderseite)

■ Berliner Farbwerke ■ Thiele & Krünel

Waldstr. 24 Berlin NW. 87 Waldstr. 24
Farben für alle Zwecke, trocken
und angerieben. — Walzenmasse.
Vertreter an allen grösseren Plätzen.

Empfehle mich als Vertreter:
Ferd. A. Halmeyer, Leipzig, Brüderstr. 24, I.
— Export. —

(Rückseite)

Zur gefälligen Beachtung!

Indem ich als langjähriger chromolithographischer Maschinenmeister die Fabrikate und deren Beschaffenheit kennen gelernt habe, bin ich auch in der angenehmen Lage, die Farben nach Wunsch der geehrten Kunden so herzustellen, dass sie dem Drucker und Maschinenmeister bei minderwertigen Papieren keine Schwierigkeiten bereiten, und bitte ich die geehrten Firmen um ihre geschätzten Aufträge, welche gewissenhaft ausgeführt werden.

Wir bezweifeln, dass die Prinzipale, denen Halmeyer Helfersdienste geleistet hat, zu den Abnehmern seiner Ware gehören werden; denn sie werden am besten beurteilen können, was der langjährige Maschinenmeister mit guten Farben zu leisten vermochte.

Zur Reichsgerichts-Entscheidung.

So ist denn das Urteil wirklich so gefallen, wie es die Sonderlinge unter den Mitgliedern des Senefelder-Bundes wünschten und diese können sich jetzt stolz in die Brust werfen und den Vorwurf der Rückständigkeit zurückweisen; hat ja das Reichsgericht ihre Meinung sanktioniert und ist es doch ausgeschlossen, dass der unfehlbare Gerichtshof eine Rückständigkeit als recht billigen könnte. Es ist also pure Erfindung, dass diejenigen, welche ihre Besorgnis um das weitere Fortflüssen der Kranken- und Invalidenunterstützung vorschleichen, um nur ja jede Unterstützung der eine umfassende Verbesserung anstrebenden Kollegenschaft zu vereiteln — gerade dann zu vereiteln, wenn zur Erreichung dieser Verbesserung als letzte Mittel ein wirtschaftlicher Kampf nötig wird, — es ist nicht wahr, dass diese Leute die Erfordernisse der Zeit verkennen, dass sie rückständig sind; so schliessen sie selber, so verkünden sie triumphierend das Urteil als Sieg ihrer überlegenen Klugheit.

Mit nichten! Wie liegt die Sache? Die Elgenbröder, die um das Nächstliegende — ihr Geld — so ängstlich Besorgten können nunmehr — soweit sie schon früher dem alten Senefelder-Bund angehörten — nach reichsgerichtlicher Entscheidung nicht mehr gezwungen werden, zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der gesunden und arbeitsfähigen Kollegen etwas beitragen zu müssen, sie brauchen ihr Scherflein nur mehr für Kranke und Invaliden zu leisten. Das ist ihr unbestreitbarer Erfolg. Damit ist aber vom Standpunkte der eine allgemeine Hebung der Berufsverhältnisse erstrebenden, zielbewussten Gehilfenschaft nichts für die Klugheit der Sieger erwiesen, abgesehen davon, dass das Urteil auch bei gänzlicher Befreiung von allen Parteimeinungen einer Kritik unterzogen werden könnte, die nicht gerade zu seinen Gunsten ausfallen müsste. Man könnte z. B. einwenden, wie denn ein Vereinsleben möglich sein soll, wenn das Prinzip der Majorität in Vereinen nicht mehr Geltung hat, man könnte fragen, mit welchem Recht der Majorität oder einem von ihr gewählten Vorstand verboten werden kann, für ihre Ansichten zu agitieren und was diese Agitation gegenüber der Agitation der Minorität zum unerlaubten Schwindeln machen soll; man könnte fragen, warum das alles verwerflich sein soll in einem Staate, wo doch auch die Volkvertretung auf dem Majoritätsprinzip beruht, ihrer Majorität und der von ihr abhängigen Regierung das Recht der Agitation freisteht, um ihren Ansichten zum Siege zu verhelfen und ihre Beschlüsse Geltung haben, wenn sie auch mit noch so geringer Majorität gefasst wurden. Diese Analogien müssen sich dem objektiv Denkenden aufdrängen und man kann neugierig sein, wie das Reichsgericht in seiner Begründung — die zurzeit der Abfassung dieses Aufsatzes noch nicht vorliegt — um diese Fragen herumkommt.

Aber für uns ist jetzt nur die Frage, ob denn durch das Urteil an der unserer Ansicht nach vorhandenen, intellektuellen Rückständigkeit der 31 Kläger und ihrer Anhänger etwas geändert ist oder

ob diese unsere Ansicht nunmehr einer Revision bedarf. Und da können wir ruhig antworten, dass wir bei allem Nachdenken und Erwägen nur immer wieder zu dem Schluss kommen müssen, das Verhalten der Rechtsschutzvereiner könne auf keine Weise als der Allgemeinheit förderlich gedeutet werden, es zeigt nach wie vor, dass die Betroffenen die Ursachen der ungünstigen Berufsverhältnisse und mithin auch die Mittel zu einer günstigeren Gestaltung derselben noch immer nicht kennen oder nicht erkennen wollen.

Weil es aber mit dieser Behauptung nicht abgetan und sie erst Wert gewinnen kann durch die Darlegung der Ursachen, welche zu ihr führten, müssen wir die Sache wieder untersuchen und wünschen, dass die neuerliche Untersuchung nützlich sein möge; sei es, dass sie bei einigen Unklaren Klarheit schafft oder, dass sie die schon Ueberzeugten abermals festige in ihrer Ueberzeugung. Dass dabei bekanntes, oft gesagtes herangezogen werden muss, liegt in der Natur der Sache, weil wir nur von bekannten feststehenden Sätzen ausgehend und diese allmählich erweiternd, zu sicheren Ergebnissen gelangen können.

Eine solche feststehende Tatsache ist es wohl, dass sich die Verhältnisse in unserem Beruf sukzessive bedeutend verschlechtert haben. Daran wird nichts geändert, wenn die davon Betroffenen — ob Arbeiter oder Unternehmer — dieses Faktum einfach ruhig hinnehmen und für unabänderlich halten; das erfordert wohl keinen Beweis. Und wenn die Verschlechterung von der Gehilfenschaft noch stärker verspürt wird als von den Unternehmern, so liegt das ganz einfach an dem Umstand, dass die betroffenen Prinzipale den grössten Teil des Uebels an die Gehilfenschaft abwälzen konnten. Die Gehilfen, untereinander nicht in Fühlung, trafen keinerlei Vereinbarung über das Lohnuminimum, unter dem sie nicht arbeiten wollten, über eine bestimmte Arbeitszeit, welche als Höchstarbeitszeit gelten sollte, über die Regelung des Gehilfenanwachses und die Art seiner Heranbildung. Es ging den Gehilfen noch zu gut; kamen sie zusammen, so unterhielten sie sich über alles erdenkliche, nur diese ernststen, notwendigsten Dinge wurden nicht angeschnitten, an die Möglichkeit der Verschlechterung der Berufslage nicht gedacht und auch nicht nach Mitteln gesucht, eine solche zu verhindern. So hatten die Unternehmer immer wieder Gelegenheit, bald da, bald dort den Lohn zu kürzen, in den Lehrlingen noch billigere Kräfte heranzuziehen, diese gegen die älteren Leute und auch diese letzteren untereinander auszuspielen, mit einem Wort: Nutzen zu ziehen aus dem Fehlen jeglicher Verabredung auf Gehilfenseite. Willig wurden sie dabei noch unterstützt von einem Teil der besserbezahlten Gehilfen, die, ängstlich besorgt um ihre Stellen oder auch stolz auf ihre »künstlerischen« Leistungen, mit den andern absolut nichts gemeinsam haben wollten und ihre wirklich oder angeblich minder leistungsfähigen Kollegen offen und verhältlich schädigten. Man war dabei in Kranken- und anderen Unterstützungsvereinen zusammen, sprach ab und zu wohl auch gedankenlos oder gar nur zum Schein einige Phrasen über Kollegialität, bekräftigte dieselbe durch ein Gelage bei Bier und Wein, — aber am andern Tage legte man die Zechengossen beim Unternehmer irgendwie rein, wenn man sich selber dadurch beliebt zu machen glaubte. Ganz derselbe Mangel an Verabredung, an Organisation, herrschte bei den Unternehmern bezüglich der Absatzpreise unserer Erzeugnisse, lustig wurde auf Kosten der Gehilfen loskonkurriert — das traf man auch ohne Verabredung — und so ging es rasch und rascher abwärts. Die Zahl der glücklichen Gehilfen mit noch annehmbarem Einkommen wurde stets kleiner, an normales Arbeiten war kaum mehr zu denken, oder besser gesagt, es wurde zur Norm, dass die schlecht entlohnte Mehrzahl der Kollegen auch noch hastig und lange arbeiten musste. Und diesen im vollsten Sinne des Wortes ungesunden Verhältnissen gegenüber hielten es viele Gehilfen für genügend, wenn ein Krankenunterstützungsverein bestände! Die Nützlichkeit eines solchen ganz ausser Zweifel, aber drängt sich in dem Falle nicht sofort die Frage auf, »dass da etwas geschehen müsse, um die Orube zu verschütten, in welche so viele stürzten und dabei ein Bein brachen, und dass man sich nicht auf das Kurieren der gebrochenen Beine beschränken dürfe?«

Und diese klare Notwendigkeit einer Aenderung in dem passiven Verhalten der Gehilfenschaft wurde denn auch schon lange eingesehen, die Zahl der von ihr Ueberzeugten wuchs rapid, sie vereinigten sich, stellten einheitliche Normen auf für ihr Tun und Lassen, d. h. sie organisierten dasselbe, um dadurch eine ihnen günstige Aenderung der Berufsverhältnisse herbeizuführen. Man mochte über die Durchführungsart der Besserung noch im Unklaren sein, aber dass etwas geschehen musste, war sicher, und ebenso sicher, dass es nur auf dem Wege einer die ganze Gehilfenschaft des Reiches umfassenden Verabredung geschehen konnte. Denn bei der freien Konkurrenz und den hochentwickelten Verkehrs- und Transportmitteln wirken die Arbeitsverhältnisse jedes Ortes auf den ganzen Beruf eines Reiches ein und schädigen ihn, wenn sie unter dem Normalen stehen. Jeder einzelne hat also nicht nur ein persönliches Interesse an guter Entlohnung etc.; er hat auch im Interesse der beruflichen Gesamtheit die Pflicht, das für ihn Nützliche anzustreben und mitzuarbeiten an den sich darauf konzentrierenden Be-

strebungen der Gehilfenschaft. Das liegt sogar im Interesse jener Unternehmer, welche dem Arbeiter eine auskömmliche Entlohnung gewähren wollen, aber daran von der durch billige Arbeitskräfte und durch gewissenlose Ausnutzung derselben möglich gemachten Konkurrenz ganz arg behindert werden können. Wir sehen also, welch ein eminentes Interesse selbst gut bezahlte Kollegen an der Behinderung einer solchen auf Gehilfenkosten erfolgenden Konkurrenz haben und zugleich, wie selbst beste »Freundschaft« mit dem Unternehmer den letzteren schliesslich nicht verhindern kann, sich gelegentlich eines zu teuren Arbeiters irgendwie zu entledigen. Die aus dem planlosen Verhalten der Gehilfenschaft entspringende gegenseitige Schädigung ist so deutlich erkennbar, fast sinnfällig zu nennen, dass derjenige, welcher sie einmal erkannt hat, sich fast immer wundert, dass ihm das nicht früher klar wurde und dass es noch so vielen unklar sein kann.

Gerade der letztere Umstand ist es, der so viel Erbitterung hervorruft; denn viele bedenken nicht, dass die Klarheit über diese Wechselwirkungen nicht so ganz leicht zu gewinnen ist, dass die resultierende Erkenntnis erst dann ganz selbstverständlich zu sein scheint, wenn man sich zu ihr durchgerungen hat, dass sie manchem jetzt Ueberzeugten vorher gar nicht so einleuchtend sein mochte. Zu der Verbitterung trägt noch viel die in obiger Erkenntnis enthaltene Einsicht bei, dass man zur Verbesserung der Verhältnisse der Mithilfe aller Kollegen bedarf, dass man mit einem ersten dahinzielenden Schritt warten muss, bis die über-grosse Mehrzahl der Kollegen dazu gewonnen ist und dass man daher in den Fernstehenden ein Hindernis sieht, welches uns zwingt, eine als höchst notwendig und nützlich erkannte Aenderungsinaktion immer noch hinausschieben zu müssen, so hochdringlich sie auch schon wäre. Das alles macht auch den Ton erklärlich, in dem oft über diejenigen gesprochen wird, die zum Nachdenken über die Sache zu bequem sind und auf Ansichten beharren, die bei gründlicher Ueberlegung sich als die Gehilfenschaft schädigend erweisen müssen. Und der Ton hinwieder veranlasst manche sonst ganz vernünftige, aber gerade hier ihre Interessen verkennende Kollegen zu der Annahme, es handle sich hier um blosses Geschrei, dem eine innere Berechtigung nicht zugrunde liege.

Unsere Untersuchung hat aber erwiesen, dass wir hier mit einer ganz unzweifelhaften Erkenntnis und nicht nur mit einer Meinung zu tun haben. Sie hat erwiesen, dass die auf eine Besserung der Arbeitsverhältnisse abzielenden gewerkschaftlichen Bestrebungen für uns Gehilfen die Hauptsache sind, neben denen die verschiedenen Unterstützungs-zweige zwar unbestreitbar nützlich wirken können, aber immer erst in zweiter Linie in Betracht kommen sollten; daher es auch als aller Vernunft zuwiderlaufend betrachtet werden muss, wenn man umgekehrt den gewerkschaftlichen Teil der Organisation — dieser Verkörperung des einheitlichen Prinzips in der Gehilfenschaft — als Nebensache betrachtet.

Wenn wir also gegenüber dem Urteil des Reichsgerichts unser Urteil dahin fällen, dass der Standpunkt der Rechtsschutzvereiner ein rückständiger bleibt nach wie vor, so kann uns auch nicht der Vorwurf gemacht werden, dass wir unserem Urteil keine eingehende Untersuchung vorangehen liessen. Im Gegenteil, wir haben uns redliche Mühe gegeben, uns abermals Klarheit zu verschaffen. Wohl aber muss nach unseren Ausführungen dieser Vorwurf auf den Gewerkschaftsgegnern ruhen bleiben, denn sie können vor Bildung ihrer Meinung unmöglich eine sorgfältige und einwandfreie Ueberlegung vorgenommen haben.

Der gewerkschaftliche Gedanke wird sich durchringen, ob gegen die Unternehmer, ob mit denselben, das kommt zum Teil auf die Einigkeit der letzteren an, zum Teil auf die dieser Einsichtigkeit anzupassende Taktik der Gehilfenschaft, welche Taktik nach reiflichen Erwägungen festgestellt werden muss, an denen jeder Kollege durch Aeusserung seiner Bedenken und seiner Ratschläge teilnehmen sollte, damit das den günstigsten Erfolg versprechende ausgewählt werden kann. Untätiges Nörgeln ist die Sache der Kleinen im Gelate, fruchtbar kann eine Kritik nur sein, wenn sie auch positiv verwertbare Vorschläge zur Erreichung des gesteckten Zieles macht. Nur um den Willen handelt es sich, der Weg wird sich sicherlich dann finden, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. R. R.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Bei 112 Aussperrungen bildeten lediglich Differenzen wegen Lohnhöhe bzw. Arbeitszeit die Ursache. In 56 Fällen verursachten die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus der Organisation durch Aussperrung zu erzwingen. Ausserdem fanden 6 Mal Aussperrungen statt und in 43 Fällen lagen sonstige Ursachen der Aussperrung zugrunde. An den 33 infolge eines Angriffstreiks verhängten Aussperrungen waren 73207 Personen beteiligt. Für die Arbeiter endete in 3 Fällen mit 8554 Beteiligten die Aussperrung erfolgreich und in 12 Fällen mit 26197 Beteiligten teilweise erfolgreich. Von 4628 infolge eines Abwehrstreiks Aussperrten hatten 3551 vollen und 250 teilweisen Erfolg. Der verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 4 Fällen erfolgreich ab-

gewehrt, in 40 Fällen gelang dies nur zum Teil. An den 112 wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit verhängten Aussperrungen waren 56202 Arbeiter beteiligt. Für 7409 endeten die Aussperrungen erfolgreich und 18307 hatten teilweisen Erfolg aufzuweisen. Es wurde in 12 Fällen voller, in 68 Fällen teilweiser und in 28 Fällen kein Erfolg erzielt. Von den aus sonstigen Ursachen verhängten 43 Aussperrungen waren 25 für die Arbeiter erfolgreich und 4 teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg hatten 5878 und teilweisen Erfolg 458 Aussperrte. Von sämtlichen Aussperrungen des Jahres 1905 verliefen 21,4 Proz. erfolgreich, 51,4 Proz. hatten teilweisen und 23,5 Proz. keinen Erfolg für die Arbeiter. Für die erfolgreich beendeten Aussperrungen kommen 26046 = 18,1 Proz aller Aussperrungen und für die teilweise erfolgreich beendeten Aussperrungen 46252 = 32,1 Proz. sämtlicher Aussperrungen in Betracht.

Während von den Streiks mehr als die Hälfte (57,9 Proz. der Angriff- und 56,9 Proz. der Abwehrstreiks) mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnten, verliefen die Aussperrungen weit ungünstiger für die Arbeiter, indem nur 21,4 Proz. vollen Erfolg aufzuweisen hatten. Wenn die Unternehmer zur Aussperrung schreiten, befinden sie sich in der Regel von vornherein in einer günstigen Situation und die Statistik zeigt, dass je umfangreicher die Aussperrungen sind, um so geringer der Erfolg für die Arbeiter ist. Von 25 Aussperrungen in der Metallindustrie, bei denen etwa 60000 Arbeiter in Frage kommen, endeten nur 5 mit vollem Erfolg und gerade diese waren die unbedeutendsten, denn es wurden davon insgesamt nur 4465, also 7,4 Proz aller in der Metallindustrie Aussperrten betroffen. Von 66 Aussperrungen der Maurer hatten nur 3 vollen Erfolg und dieser Erfolg kam von über 12000 Aussperrten nur 322 zugute. Weru auch für eine grosse Zahl Aussperrter noch ein teilweiser Erfolg erzielt wurde, so ist doch in Anbetracht der riesigen Opfer, die hierfür gebracht werden mussten, das Errungene sehr minimal. Wir sehen also, dass die Aussperrungen sehr wohl geeignet sind, uns den Kampf sehr zu erschweren, wenn es den Unternehmern auch nicht gelingt, damit den Arbeitern die Kampflust zu rauben, oder ihren Kampfesmut auch nur irgendwie zu beeinträchtigen. Erschwert wird uns der Kampf und trotzdem haben wir Jahr für Jahr grössere Erfolge aufzuweisen.

Betrachten wir uns die Zahlen der in den Jahren von 1890 bis 1905 ohne Erfolg beendeten Kämpfe, so schliesst das Jahr 1905 günstiger ab, als je ein Jahr vorher. In den Jahren 1890-1899 verliefen 25,2 Proz. aller Streiks und Aussperrungen erfolglos. 1900 waren es 25,5 Proz., dann 32,6 Proz., 36,9 Proz., 28,5 Proz., 22,1 Proz. und 1905 nur 21,0 Proz. Wir haben also gar keine Ursache, pessimistisch zu sein, aber es darf nicht ausser Beachtung gelassen werden, dass bei so umfangreichen Kämpfen, wie wir sie im Jahre 1905 zu verzeichnen hatten, die einzelnen im Kampfe stehenden Organisationen nicht immer in der Lage sind, die zur Führung des Kampfes erforderlichen Mittel selbst anzufordern. Während 1904 95,4 Proz., 1903 88,8 Proz. und 1902 91,2 Proz. der Gesamtkosten aus den Mitteln der im Kampfe sich befindenden Organisationen gedeckt wurden, sind 1905 nur 74,3 Proz. der Gesamtausgaben aus den Kassen der kämpfenden Organisationen aufgebracht worden. Es ist ferner zu erwägen, dass bei Aussperrungen viel mehr als dies bei Streiks der Fall ist, mehrere Organisationen zu gleicher Zeit in einen Kampf verwickelt und dadurch finanziell geschwächt werden.

So umfangreich die Kämpfe des Jahres 1905 sich auch gestalteten, sie sind gewissermassen doch nur als Vorpostengefächte eines seiner Entwicklung entgegengehenden grossen, schweren Kampfes zu betrachten, eines Kampfes, in dem das um wirtschaftliche Besserstellung und um seine Freiheit kämpfende Proletariat noch gewaltige Opfer zu bringen bereit sein muss, wenn es endlich das Joch des Kapitalismus sich vom Halse schütteln will. Und für diesen Entscheidungskampf haben wir uns, haben unsere Organisationen sich vorzubereiten. Eines ist sicher: Die gewerkschaftlichen Organisationen werden immer mehr als berufene Vertretungskörperschaften von den Unternehmern anerkannt. Das wird dadurch bewiesen, dass 1905 in 1682 Fällen die Kämpfe durch Vergleich beigelegt wurden, von denen nur 319 durch Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Organisation, beigelegt wurden, während in allen übrigen Fällen die Unterhandlungen von Vertretern der Organisationen geführt worden sind. Dieser Einfluss der Gewerkschaften wird um so mehr sich Geltung verschaffen, je stärker die einzelnen Organisationen werden und je mehr die Solidarität der Arbeiterschaft im Kampfe zum Ausdruck kommt. Die imponierende Stärke der Organisation liegt aber darin, dass ihre Mitglieder dauernd derselben angehören, um dort geschult und für den Kampf vorbereitet werden zu können. Auf die Elemente, die erst bei Beginn eines Kampfes der Organisation beitreten, ist nicht zu bauen. An Disziplin nicht gewöhnt, von der Notwendigkeit des Kampfes nicht genügend durchdrungen, lassen sie sich oft mit durch nichts verbürgten Versprechungen der Unternehmer ködern und werden oft fahnenflüchtig gerade dann, wenn treues Zusammenhalten am nötigsten ist. Nun gewährt uns aber die Statistik in dieser Beziehung ein beschämendes Bild. Von 365273 in die Streiklisten Eingetragenen waren bei Beginn des Kampfes 255301

und sechs Monate vor Beginn des Kampfes nur 188900 organisiert. Hier zeigt sich, welche umfangreiche Organisationsarbeit noch zu verrichten ist, bis die Gewerkschaften die erforderliche Aktionsfähigkeit erreicht haben. Es gilt alle reaktinären Pläne der Schaufischer und der Regierung zu durchkreuzen, es gilt alles aus dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hindern. Es gilt ferner, unablässig die Unorganisierten aufzuklären und ihnen das Verständnis für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse beizubringen. Aber auch am inneren Ausbau der Organisationen selbst muss sorgfältig gearbeitet, die Zentralisation der Gewerkschaften gefördert und auf einen immer engeren Zusammenschluss der Arbeiterklasse hingewirkt werden. Gegenüber den stets fester sich schliessenden Unternehmerkoalitionen kann nur die im Brennpunkte sich konzentrierende Kraft einer einheitlich gestalteten zieldarken Koalition der Arbeitermassen siegreich vordringen. Und um stets gerüstet zu sein, müssen wir die strategischen Bewegungen unserer Gegner, der Unternehmerorganisationen, die wir fortwährend erstarken sehen, genau beobachten und unsere Massnahmen danach einrichten. Wir stehen dauernd im Kampfe, für uns gibt es keine Ruhe, solange die Arbeiterschaft unter dem Drucke kapitalistischer Ausbeutung schmachtet.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Redaktionschluss: Dienstag.

Spätere Eingänge können für die laufende Nummer nicht berücksichtigt werden.

Berlin IV, (Lichtdrucker). Bericht der Versammlung vom 13. Dezember 1906. Die Versammlung wurde um 9 Uhr bei Anwesenheit von zirka 60 Kollegen eröffnet. Tagesordnung: Geschäftliches, Kassenbericht, Aenderung der Lokal-Zuschkassse, Weihnachtsunterstützung, Bericht über die Tarifverhandlung, Verschiedenes. Unter Punkt 1 teilte der 1. Vorsitzende mit, dass nach Vorschlag des Hauptvorstandes nunmehr Abzüge gemacht werden von Unterstützungen aus Kasse 1 bei solchen Kollegen, welche noch Reste aus ihrer zu zahlenden Streiksteuer haben. Nachdem Kollege Markgraf den Bericht des Arbeitsnachweises, Kollege Rodos den Kassenbericht des III. Quartals gegeben hatte,

wurde letzterem auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Nachdem sich unsere Lokal-Zuschkassse als florierend gezeigt hatte, wurde von der Verwaltung der Antrag gestellt, dass Mitglieder anderer Filialen, welche in unsere Filiale übertreten, mit den gleichen Rechten ihrer bisherigen Zuschkassse in unsere aufgenommen werden. Ebenfalls stellt die Verwaltung den Antrag, das bisherige Markensystem und die eigene Verwaltung der Zuschkassse beizubehalten. Beide Anträge wurden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Zur Weihnachtsunterstützung, welche in diesem Jahre eine höhere Summe beanspruchen wird, als die freiwillige Sammlung voraussichtlich erzielt, wurde beschlossen, die Verwaltung damit zu beauftragen, die Höhe der Unterstützung festzusetzen und zur Deckung der fehlenden Summe Lokal- und Privatkasse heranzuziehen. Unterstützungsberechtig soll alle Kollegen sein, welche bis zum 15. Dezember arbeitslos werden. Kollege Hilbig sprach nun in längeren Ausführungen über die Verhandlungen und den Abschluss unseres Tarifes. Redner glaubt zwar den Abschluss als einen, für die Kollegen günstigen einstellen zu müssen, jedoch hatte man in den Kreisen unserer Mitglieder ganz entschieden mehr erwartet. Die Diskussion stand dann auch unter dem Druck der allgemeinen Enttäuschung. Die wenigen Redner griffen einzelne Punkte scharf an, im allgemeinen wird man sich über den Erfolg oder Nichterfolg erst klar werden können, wenn man die Resultate der Verhandlung in gedruckter Form vor sich hat. Nach einem resumierenden Schlusswort des Kollegen Hilbig kam unter Verschiedenes eine Beschwerde über den Arbeitsnachweis zur Sprache, welche noch geprüft werden soll, ausserdem forderte der 1. Vorsitzende die Kollegen auf, unsern Verkehrsabend mehr zu frequentieren, da wir sonst gezwungen sind, denselben eingehen zu lassen. Schluss 12 Uhr.

Achtung! Chemigraphen.

Haar'em. Das gesamte Personal der Kunst-Druckerei „Polygraph“ hat am 7. Januar unter Anwesenheit des Hauptvorstandes vom Allgemeinen Niederländischen Chemigraphenbunde beschlossen, am kommenden Sonnabend in den Ausstas zu treten, wenn sich die Direktion d. K.-I. P. bis dahin nicht schriftlich bereit erklärt hat (bez. Regelung des Lehrlingswesens), während der Dauer eines Jahres keine neuen Lehrlinge einzustellen.

Anzeigen.

Wir suchen noch einige tüchtige, in Maschinenretusche erfahrene

Positiv-Retuscheure

in dauernde, gut dotierte Stellung.

Offerten mit Mustern und Angabe der Gehaltsansprüche an

[4.-]

Brend'amour Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Agitationsbezirk IV, Schlesien u. Posen.

Wegen der bevorstehenden ausserordentlichen General-Versammlung und Regelung der inneren Angelegenheiten des Bezirks, beschloss der Bezirksvorort Schweidnitz-Breslau, den diesjährigen

Bezirkstag

nach § 5, Abs. c der Bezirkstatuten auf Sonntag, den 3. Februar 1907, vormittags 10 Uhr, nach Breslau, Gewerkschaftshaus, Margarethenstrasse 17, einzuberufen.

Die Tagesordnung ist:

1. Rechenschaftsbericht von den Jahren 1905/6.
2. Arbeitsnachweis.
3. Anträge zur ausserordentlichen General-Versammlung.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Anträge und Verschiedenes.

Der Bezirksvorstand.

Wir suchen zum 1. April d. J. 2 hervorragend tüchtige

Autotypie-Setzer

bei hohem Lohn in dauernde Stellung.

Nur ältere erfahrene Setzer wollen sich melden.

J. G. Huch & Co.,

[2.70] Graphische Kunstanstalten, Braunschweig.

Positiv-Retuscheure

besonders in der Maschinen-Retusche geübte erstklassige Arbeitskräfte werden gesucht.

Anerbieten mit Angaben der Ansprüche erbeten.

Meisenbach Riffarth & Co.,

Berlin Schöneberg.

Lichtdruck.

Tüchtiger Präparateur und Photograph sucht sofort Stellung. [—,90]

Offerten befördert die Exped. des Blattes.

Ich bitte um die Adresse bezw. den Aufenthaltsort des Lichtdruckerretuschers [—,75]

Louis Metz aus Strassburg i. E.

A. Hirsch, Hamburg 19, Eppendorferweg 80 II.

Wo bietet sich tüchtigem und älteren, im Arbeiten mit Emulsion vollständig firmen

Auto- und Strichphotograph

Gelerneheit zum Einarbeiten in

Dreifarbenphotographie?

Grfl. Angebote unter F. K. für bald oder später an die Expedition des Blattes erbeten. [1.20]

Ernst Kurth [3.-]

Lithographie-Werkzeug-Handlung

Berlin SO., Grünauer Str. 35

empfiehlt sich den Herren Kollegen zur Deckung ihres Bedarfs in allen

lithographischen Utensilien.

Soeben erschien: Siebenter Jahrgang

Jahrbuch für das lithographische Gewerbe

Kalender für Lithographen, Steindruckere etc

Preis Mk. 1,—

Porto 20 Pf., Ausland 35 Pf.

Zu beziehen durch:

[2.10]

K. Kluth, Karlsruhe i. B. II., Kaiserallee 77.

Wichtige Werke für Steindruckere.

Das Gesamtgebiet des Ueberdruckes von Oskar Meta. Ein praktisches Lehrbuch für jeden Steindruckere. M. 3.—. Namentlich jenen empfohlen, welche sich als Ueberdrucker ausbilden wollen.

Der Steindruckere an der Handpresse. Von Lorenz Müller. Mit einer Chromolithographie in 14 Farben nebst Kontur- und Farbplatte. Mk. 4.—.

Der Steindruckere an der Schnellpresse. Von Oskar Meta. Ein nützliches Lehrbuch für jeden Steindruckere. Zweite Auflage. Mk. 3.—.

Technische Aufsätze f. Steindruckere. Von Oskar Meta. Mk. 4.—. Freie Künste. Illustriertes Factblatt für Lithographie und Steindruckerei. Mit der Beilage Graphische Musterblätter für Vereinsmitglieder, deren Bestellung einen Vereinstempel trägt, ganzjährig Mk. 7.50. Probennummern gratis. — Zu beziehen durch die Verlagshandlung von

Jos. Helm, Wien VI/1

und durch alle Buchhandlungen.